

# Schiefelage in Pandemie: Geflüchtete haben nur eingeschränkt Zugang zu Informationen

Die Psychosoziale Beratungsstelle für Flüchtlinge (PBF) an der Goethe-Universität hat auf Grundlage der Erfahrungen des letzten Jahres eine Studie darüber erstellt, über welches Wissen Geflüchtete bezüglich Corona-Maßnahmen verfügen.

Die Corona-Pandemie hat im letzten Jahr die gesamte Gesellschaft erfasst. Schon kurz nach dem ersten Lockdown wurden geeignete Maßnahmen zur Prävention einer weiteren Verbreitung von Covid-19 von Behörden, Institutionen und Medien veröffentlicht. Dass aber der Informationsfluss nicht in alle Richtungen ausreichend erfolgte, zeigen die Ergebnisse einer Studie, die an der Psychosozialen Beratungsstelle für Flüchtlinge (PBF) am Zentrum für Psychotherapie erstellt wurde. Bereits seit einigen Jahren werden dort Geflüchtete, die aufgrund belastender Erlebnisse durch Krieg, Flucht und Verlust von Angehörigen wiederkehrende und plötzliche Gefühle von Angst, Traurigkeit oder starke Stimmungsschwankungen, Konzentrationsschwierigkeiten, Schlafstörungen, Schmerzen und andere körperliche Symptome aufweisen, behandelt. In der Forschung spricht man von sogenannten „Postmigrationstressoren“, also vom Befund, dass Umstände von Flucht und Migration zu einer psychischen Belastung führen können. „Die Beratungen werden auf Arabisch, Farsi, Dari und Englisch angeboten, dolmetschergestützte Beratungen unter anderem auch auf Tigrinja, Urdu und Amharisch“, betont Samar Al-Sari, Beraterin in der PBF.

Ab dem Beginn der Pandemie bemerkten die Mitarbeiter\*innen eine Veränderung. Schahryar Kananian ist Verhaltenstherapeut an der PBF und promoviert parallel zum Thema „Kultursensible Anpassung von Psychotherapie“. Er berichtet, dass auf einmal weniger Anrufe von Geflüchteten eingingen. „Wir spürten außerdem eine gewisse Verunsicherung bei unserer Klientel: Es kursierten viele Fehlinformationen bezüglich der Pandemie und geeigneter Präventionsmaßnahmen.“ Daher wollte die Beratungsstelle genauer eruieren, inwieweit es bei der Versorgung mit Informationen eine Schiefelage gibt: Haben Geflüchtete den notwendigen Zugang zum Corona-Wissen, können sie ihre Fragen dazu bei den zuständigen Behörden stellen, funktioniert die Kommunikation in den Unterkünften? Ein eigens dafür entwickelter Fragebogen wurde an Geflüchtete aus dem Iran, aus Afghanistan und Syrien sowie an Deutsche verteilt. Abgefragt wurde allgemeines Wissen zu den Ursachen der Pandemie und Maßnahmen zum Schutz vor einer weiteren Verbreitung. „Wir haben festgestellt, dass es deutlich wahrnehmbares Nichtwissen unter den Geflüchteten gibt; auch kursieren offensichtlich überholte Annahmen über die Verbreitung des Virus, z. B. über Geldmünzen“, sagt Schahryar Kananian.



Unterkunft für Geflüchtete in Gilching/Bayern (2020). Foto: Maciej Badetko/Shutterstock

## Problematische Abschottung der Unterkünfte

Tatsache ist, dass der Lockdown die Situation geflüchteter Menschen erschwert hat: Am Anfang wurden die Unterkünfte unter Quarantäne gestellt. Oft kannten die Bewohner\*innen den Grund dafür nicht, die Kommunikation darüber drang nicht zu ihnen durch. Sozialarbeiter\*innen, die helfen, kulturelle und sprachliche Hürden zu überwinden und eine wichtige Verbindung zur gesellschaftlichen Infrastruktur herstellen, hatten keinen Zugang mehr. Normalerweise finden die Beratungsgespräche in Präsenz, in den Räumlichkeiten der Beratungsstelle, statt. Dies ist seit der Anwendung der Kontaktbeschränkungen nicht mehr möglich, seitdem finden die Gespräche meist telefonisch statt, andere Dienste werden online angeboten. Über ein Handy verfügen in der Regel alle Geflüchteten; Infos im Internet zu finden und herunterzuladen, fällt gleichwohl einigen schwer. Samar Al-Sari berichtet von einem weiteren Problem: Manche Geflüchtete verfügen nicht über die für ein Beratungsgespräch nötige Intimsphäre in der Unterkunft: „Ich habe mit einer Frau gesprochen, die Probleme mit ihrem Ehemann hat, aber kaum frei sprechen konnte – es fehlt einfach der Platz dafür in den Unterkünften.“ Die Maßnahmen des *Social Distancing* und die Forderung des Stay at home mögen im Rahmen einer Pandemie-

bekämpfung sinnvoll sein – in den großen Unterkünften für Geflüchtete hat dies das ohnehin nicht einfache Miteinander vieler Menschen auf engem Raum noch verschärft.

Dass bei der Psychosozialen Beratungsstelle Anfragen auch auf Arabisch, Farsi und anderen Sprachen beantwortet werden, hat bisweilen auch dazu geführt, dass auch allgemeine Fragen zu Corona gestellt werden. Schahryar Kananian sieht prinzipiell kein Problem darin, gibt aber Folgendes zu bedenken: „Die Corona-Pandemie hat Probleme, die es davor aber auch schon gegeben hat, besonders zum Vorschein gebracht. Wir müssen uns in der Gesellschaft noch viel stärker darüber verständigen, wie wir Geflüchtete und Migranten in die Gesundheitsvorsorge integrieren und an Informations- und Kommunikationsangeboten partizipieren lassen.“ Die Psychosoziale Beratungsstelle für Geflüchtete wurde 2016 am Institut für Psychologie gegründet. Aus Sichtweise von Prof. Dr. Ulrich Stangier hat sie sich in der Zwischenzeit als unersetzliche Anlaufstelle etabliert. „Gerade auch die Angst vor Corona und die soziale Isolation sind für Geflüchtete eine zusätzliche Belastung. Umso wichtiger, dass unsere Beraterinnen und Berater trotz der Einschränkungen versuchen, mit Informationen und emotionaler Unterstützung auch dieser Gruppe zu helfen.“ df